

SPD-Fraktion • Dhünnstr. 2b • 51373 Leverkusen

Herrn Oberbürgermeister
Stefan Hebbel
Rathaus
Friedrich-Ebert-Platz 1
51373 Leverkusen

Dhünnstraße 2b
51373 Leverkusen
Telefon 0214 – 311 985 202
Telefax 0214 – 311 985 200
fraktion@levspd.de
www.spd-leverkusen.de/fraktion

Leverkusen, 11.05.2026

Antrag:**Resolution zur Stärkung der kommunalen Finanzen durch die Wiedereinführung einer rechtssicheren Vermögensteuer**

Der Rat der Stadt Leverkusen beschließt folgende Resolution:

Der Stadtrat von Leverkusen stellt fest, dass die finanzielle Ausstattung der Kommunen zur Bewältigung der Finanzkrise der Kommunen und der anstehenden Transformationsaufgaben (u. a. Klimaschutz, Wärmeplanung, Sanierung der Infrastruktur, soziale Daseinsvorsorge) derzeit nicht auskömmlich ist.

Der Stadtrat appelliert an die Bundesregierung und den Deutschen Bundestag sowie die Landesregierung von Nordrhein-Westfalen, die gesetzlichen Voraussetzungen für die Wiedereinführung einer rechtssicheren Vermögensteuer zu schaffen.

Die Verwaltung wird beauftragt, diesen Beschluss an die örtlichen Bundestags- und Landtagsabgeordneten sowie an den Deutschen Städtetag / den Städte- und Gemeindebund zu übermitteln.

Begründung:

Die Stadt Leverkusen befindet sich in einer, lt. Oberbürgermeister, "historischen" Finanzkrise. Um den Anforderungen der Bezirksregierung an ein tragfähiges Haushaltssicherungskonzept nachzukommen, müssen die Einnahmen erhöht werden. Ausbaden müssen dies die Einwohner*innen in Leverkusen. Beispielsweise in Form der geplanten Erhöhung der Grundsteuer B.

Mehrfach wurde der Leverkusener Politik in diesem Zusammenhang kommuniziert, dass die Bezirksregierung von der Stadt insbesondere den Willen erkennen muss, alles zu tun, um eine zeitnahe Verbesserung der eigenen Finanzen zu erreichen. Auch wenn es nicht in kommunaler Hand liegt, die Vermögensteuer wieder einzuführen, so unterstreicht dieser Beschluss die Entschlossenheit aller Beteiligten, den Auflagen der Bezirksregierung nachzukommen.

Vielen weiteren Kommunen in Deutschland geht es sehr ähnlich. Und zwar nicht, weil überall Misswirtschaft herrscht, sondern die Unterfinanzierung der Kommunen ein strukturelles Problem ist, das eine Antwort auf Bundesebene erfordert. Die Wiedereinführung der Vermögensteuer, zur besseren finanziellen Ausstattung der Kommunen in Zeiten der Not, ist legitim, leistungsgerecht und dringend nötig.

Dieser Beschlussvorschlag basiert auf einer Initiative des Kollektivs „FunFacts“ namens VERGNÜGT:

Vermögens- und
Erbsteuer

Retten

Gemeinden in

Not

Über

Gerechte

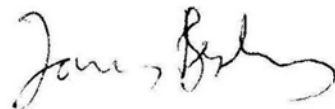
Trägerabgabe

Informationen unter www.vergnuegt.info und <https://weact.campact.de/petitions/kommunen-starken-macht-vergnugt>.

Mit freundlichen Grüßen



Thomas Konrad
Baupolitischer Sprecher



Jonas Berghaus
Stv. Fraktionsvorsitzender



Dirk Löb
Fraktionsvorsitzender